

**Europabüro der Bayerischen Kommunen**  
**Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen**  
**Europabüro der Sächsischen Kommunen**

***Brüssel Aktuell 14/2010***

(16. - 23.04.2010)

**I. Aus dem Parlament**

Abgeordnete nehmen Kampf gegen Obdachlosigkeit auf 2

---

**II. Aus der Kommission**

Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität 3

---

**III. Aus dem Ausschuss der Regionen**

1. Prospektivstellungnahme zur „Zukunft der Kohäsionspolitik“ beschlossen 4
  2. Konferenz zu EU-Makroregionen bringt Akteure aus allen Teilen Europas zusammen 6
  3. Veranstaltungen in der Plenarwoche spiegeln kommunale Themenbandbreite wieder 8
- 

**IV. Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen**

Europäische Umweltpolitik : Die künftige Rolle der Kommunen und Regionen 9

---

**V. EU-Depeschen 10**

- Rat stimmt Gebäuderichtlinie zu
  - Treffen zwischen Barroso und Stoiber – Lob für Bemühungen um EU-Bürokratieabbau
  - Neuer Bericht über Wirkungen der Kohäsionspolitik (Programmzeitraum 2000-2006) vorgelegt
  - Elf baden-württembergische Kommunen treten in Heidelberg dem Bürgermeister-Konvent bei
  - Verleihung der „GreenLight-Awards“ – Villingen-Schwenningen unter den Preisträgern
  - Nürnberg unter den Finalisten für die Auszeichnung „Grüne Hauptstadt Europas“
  - JUMP Europatour durch Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
-

## I. Aus dem Parlament

### **Abgeordnete nehmen Kampf gegen Obdachlosigkeit auf**

**Am 14. April 2010 fand im Europäischen Parlament eine Konferenz unter dem Motto „Ending Homelessness is possible!“ („Obdachlosigkeit zu beenden ist möglich!“) statt. Unter Schirmherrschaft von Abgeordneten aus mehreren EU-Mitgliedstaaten wurde die Veranstaltung vom Europäischen Verband nationaler Organisationen der Wohnungslosenhilfe (FEANTSA) durchgeführt. Anlass war die Vorstellung eines aktuellen thematischen Berichts durch ein Netzwerk von unabhängigen Experten für die soziale Eingliederung sowie einer EU-weiten Kampagne von FEANTSA zu Bekämpfung von Obdachlosigkeit.**

László Andor (HU), EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, unterstrich in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Ohne die Arbeit dieser Hilfsorganisationen, die oftmals während der Nacht verrichtet werde, sehe die soziale Situation in Europa deutlich schlechter aus. So sagte er zu, deren Unterstützung weiter zu verbessern und betonte, wie wichtig die Einbeziehung dieser Thematik in die EU 2020-Strategie sei. Ohne den Kampf gegen die Armut und Obdachlosigkeit sei eine solche Strategie nicht nachhaltig. Darüber hinaus sprach er auch Indikatoren wie die Erschwinglichkeit von Wohnraum und das Verhältnis zwischen Einkommen und Wohnausgaben an. Es sei erschreckend, dass Menschen in Teilen der EU mehr als 40 % ihres Einkommens zum Wohnen ausgeben müssten.

### **Kommission plant Mitteilung zur Obdachlosigkeit – Thema Priorität für belgische Ratspräsidentschaft**

Daher bereite die Kommission momentan eine themenspezifische Mitteilung vor und sehe einer Zusammenarbeit mit der belgischen Präsidentschaft, die den Kampf gegen die Obdachlosigkeit zur Priorität erklärt habe, im zweiten Halbjahr 2010 mit Freude entgegen. Der Vertreter der belgischen Ratspräsidentschaft, Philippe Courard, betonte die Komplexität des Themas. Isolation, Krankheit, Sucht und Gewalt stünden damit in engem Zusammenhang. So forderte er eine europäische Definition des Begriffs, eine Strategie und eine Verbesserung der allgemeinen Kenntnisse. Auf einer Konferenz im Dezember 2010 soll diesbezüglich ein erster Konsens gefunden werden.

### **EU-weite Studie zur sozialen Eingliederung veröffentlicht**

Im Mittelpunkt des weiteren Konferenzverlaufs stand sodann zum einen die Vorstellung des Berichts eines Experten-Netzwerks zur sozialen Eingliederung. Dieser fasst die Ergebnisse einer Studie zusammen, die die soziale und wirtschaftliche Eingliederung obdachloser Menschen und den Zugang zu angemessenem Wohnraum in den 27 Mitgliedsstaaten erforscht. Darüber hinaus gibt er Empfehlungen, wie im Kampf gegen Obdachlosigkeit sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene Fortschritte erzielt werden können. So sollten in einem ersten Schritt eine möglichst einheitliche Definition und ein gemeinsamer, möglichst breit angelegter Ansatz verfolgt werden, um der EU-weit schlechten Datenlage entgegenzuwirken. Eingesehen werden kann die Studie auf Englisch unter <http://www.peer-review-social-inclusion.eu/network-of-independent-experts/reports/2009-second-semester/conclusions-2nd-2009>.

### **EU-weite Kampagne im Kampf gegen Obdachlosigkeit gestartet**

René Kneip, Präsident von FEANTSA, stellte abschließend deren aktuelle EU-Kampagne vor. So organisierten die Mitglieder von FEANTSA während des Europäischen Jahres gegen Armut in ganz Europa Aktivitäten und Veranstaltungen. Die zentrale Botschaft sei es, dass Obdachlosigkeit beendet werden könne, auch wenn es viele unterschiedliche Formen von und Gründe für Obdachlosigkeit gebe. So bestünden aber inzwischen zur Typologisierung zumindest erste Kategorien wie Heimatlosigkeit, Wohnungslosigkeit, unsicheres Wohnen und unangemessenes Wohnen, in die die Obdachlosigkeit eingeordnet werden könnten. Weiterführende Informationen zur Kampagne finden sich auf Englisch unter <http://www.feantsa.org/code/en/pg.asp?Page=1252>. Grundlegende Informationen zum Thema in deutscher Sprache finden sich in einer Broschüre von FEANTSA unter [http://www.feantsa.org/files/Participation/policy%20statements/DE\\_toolkit\\_partizipation.pdf](http://www.feantsa.org/files/Participation/policy%20statements/DE_toolkit_partizipation.pdf). (Pr/Do)

## II. Aus der Kommission

### Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität

**Letzte Woche startete die EU-Kommission im Kampf gegen den Verlust an biologischer Vielfalt eine Kampagne, die den EU-Bürger besser für das Thema sensibilisieren soll. Hintergrund der Aktion ist eine am 9. April veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage, nach der die Öffentlichkeit nicht ausreichend über Biodiversität informiert ist. Die EU-Umweltminister hatten bereits am 15. März zu diesem Thema getagt und Ziele zur Bekämpfung des Verlusts an biologischer Vielfalt und der Verschlechterung der Ökosysteme beschlossen.**

Laut Aussage der Kommission sind mehr als ein Drittel der untersuchten Arten vom Aussterben bedroht. Der Artenverlust verlaufe 100- bis 1.000-mal schneller als normal. Ca. 60 % der weltweiten Ökosystemleistungen seien in den vergangenen 50 Jahren geschädigt worden. Diese Verluste führt die Kommission auf Tätigkeiten des Menschen zurück, z. B. durch veränderte Landnutzung, nicht nachhaltige Praktiken, Umweltverschmutzung und Einschleppung invasiver Arten, die zur Zersplitterung, Beeinträchtigung und Vernichtung von Lebensräumen und Arten geführt haben. Ein weiterer Einflussfaktor sei der Klimawandel.

#### **Eurobarometerumfrage zur Biodiversität**

Am 9. April gab die EU-Kommission die Veröffentlichung einer Eurobarometer-Umfrage über die Einstellung der EU-Bürger zur Biodiversität bekannt. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass nur 38 % der EU-Bürger wissen, was das Wort „Biodiversität“ bedeutet. Zwar hält die Mehrzahl der Befragten den Verlust an biologischer Vielfalt für ein ernstes Problem, die wenigsten fühlen sich aber persönlich betroffen. Viele EU-Bürger wüssten auch nicht, was sie gegen den Verlust an Biodiversität unternehmen können. Die Umfrage ist unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_290\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_290_en.pdf) auf Englisch abrufbar.

#### **Kampagne der Kommission gegen den Verlust an Artenvielfalt**

Anlässlich dieser Ergebnisse und aufgrund des von den Vereinten Nationen ausgerufenen Jahrs der biologischen Vielfalt startete die Kommission eine Sensibilisierungskampagne. Diese soll über das Thema informieren und das Problembewusstsein der Öffentlichkeit schärfen. Geplant ist, durch verschiedene Aktionen und Medien aufzuzeigen, wie sich der Verlust an biologischer Vielfalt auf das tägliche Leben der EU-Bürger auswirkt und wie Verluste verhindert werden können. Zudem sollen die Vorteile der Biodiversität vermittelt werden. Weitere Informationen über die Kampagne sind im Internet unter [http://ec.europa.eu/environment/biodiversity/campaign/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/environment/biodiversity/campaign/index_de.htm) verfügbar.

#### **Ziele des Umweltministersrats**

Im Vorfeld hatte sich bereits der Rat der Europäischen Union am 15. März darauf geeinigt, den Verlust an biologischer Vielfalt und die Verschlechterung der Ökosystemleistungen bis 2020 zum Stillstand zu bringen. Außerdem sollen bis zu diesem Zeitpunkt die biologische Vielfalt sowie die Ökosystemleistungen so weit wie möglich wiederhergestellt werden. Ebenso verständigten sich die Umweltminister auf einen besseren Schutz der biologischen Vielfalt in der EU bis 2050. Die mit dem Verlust an biologischer Vielfalt einhergehenden Veränderungen sollen bis dahin abgewendet werden. Betont wurden dabei der Eigenwerts der biologischen Vielfalt sowie der wesentliche Beitrag der Biodiversität zum Wohlergehen der Menschen und zum wirtschaftlichen Wohlstand.

In ihren Schlussfolgerungen führen die Minister aus, dass 2010 als Jahr der biologischen Vielfalt eine einzigartige Gelegenheit biete, Anstöße für das notwendige politische Engagement zu geben. Die EU müsse einen Beitrag zu den globalen Bemühungen um die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt leisten und Maßnahmen zum Schutz ihrer eigenen biologischen Vielfalt ergreifen. Insbesondere müsse gezeigt werden, dass ein hohes Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Wohlstands mit der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt vereinbar sein kann und sich dadurch sogar noch steigern lässt. Der Rat forderte auch, dass die lokale und nationale Ebene an der Ausarbeitung der Strategien und Maßnahmen beteiligt werden.

Die Schlussfolgerungen können unter <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st07/st07536.de10.pdf> nachgelesen werden. (NH)

### III. Aus dem Ausschuss der Regionen

#### **Prospektivstellungnahme zur „Zukunft der Kohäsionspolitik“ beschlossen**

In seiner 84. Plenartagung am 14. und 15. April in Brüssel beschloss der Ausschuss der Regionen (AdR) die von Berichterstatter Dr. Michael Schneider (EVP, Sachsen-Anhalt), erarbeitete Prospektivstellungnahme zur „Zukunft der Kohäsionspolitik“ der EU nach dem Jahr 2013 (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 8/2010). Gegenstand der Stellungnahme sind die Herausforderungen, die Prinzipien, die Architektur und das Umsetzungssystem der künftigen Kohäsionspolitik sowie die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Staatssekretär Schneider betonte abermals, dass die Zukunft der Kohäsionspolitik keiner „Revolution“, dafür aber einer „Evolution“ bedürfe, um auf die neuen Herausforderungen zu reagieren.

Die Europäische Kommission eröffnete durch Vorlage des vierten Kohäsionsberichts (vgl. *Brüssel Aktuell* 11/2008), des Grünbuchs zur territorialen Kohäsion (vgl. *Brüssel Aktuell* 29/2008), des Barca-Berichts (vgl. *Brüssel Aktuell* 16/2009) und des Zwischenberichts zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (zuletzt *Brüssel Aktuell* 25/2009) die Diskussion zur zukünftigen Gestaltung der europäischen Kohäsionspolitik ab dem Jahr 2013 und bat den Ausschuss der Regionen im Rahmen dieses Meinungsaustausches um die Abgabe einer Stellungnahme. Das Europäische Parlament verabschiedete bereits am 24. März 2009 fünf Initiativberichte zur künftigen Ausgestaltung der Kohäsionspolitik (vgl. *Brüssel Aktuell* 12/2009).

#### **Herausforderungen der künftigen Kohäsionspolitik**

Der AdR betont, dass es Ziel der Kohäsionspolitik bleiben müsse, den unterschiedlichen Entwicklungsstand verschiedener Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern. Auch künftig müsse nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung gestärkt, soziale Eingliederung und Wettbewerbsfähigkeit unterstützt und Subsidiarität und Finanzierbarkeit gewahrt werden. Der AdR stimmt der Europäischen Kommission zu, dass die zukünftigen Herausforderungen wie der Klimawandel, die Sicherheit der Energiepolitik oder die demographische Entwicklung berücksichtigt und bewältigt werden müssen. Durch eine aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit der europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Akteure könne diesen Herausforderungen effektiv begegnet werden. Er regt in seiner Stellungnahme eine Prüfung von möglichen Instrumenten der Strukturfonds an, die zur Problemlösung oder Nutzung der neuen Herausforderungen herangezogen werden können. Trotz dieser neuen Herausforderungen werde jedoch kein Bedarf für neue strukturpolitische Instrumente oder die Formulierung zusätzlicher Zielstellungen gesehen.

#### **Prinzipien der zukünftigen Kohäsionspolitik**

Der AdR stimmt der Feststellung des Barca-Berichts zu, dass die Strukturpolitik auch mit den übergeordneten Zielen der EU – Wachstum, Wohlstand und Zusammenhalt sowie Erhalt des Friedens – in Zusammenhang gebracht werden müsse. Die Kohäsionspolitik solle in allen Regionen Europas erfahrbar sein, da sie als tragende Säule des europäischen Integrationsprozesses eine Identifikation der Bürger mit der EU ermögliche. Des Weiteren müsse den Prinzipien der Verwaltungsvereinfachung und des Bürokratieabbaues in der zukünftigen Kohäsionspolitik verstärkt Rechnung getragen werden. Ein einfaches, transparentes und leistungsfähiges Kontrollverfahren, in welchem beispielsweise nicht in jeder Förderperiode eine vollständige Konformitätsprüfung verpflichtend sei, würde diesen Prinzipien Rechnung tragen. Auch hinsichtlich der Struktur der Prüfinstanzen, der Kontrollstandards und der Definition und Ermittlung von Fehlerquoten solle im Sinne der Vereinfachung eine Überprüfung erfolgen. Dem AdR ist an der konsequenten Anwendung der Prinzipien Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit gelegen. Diese Prinzipien dürfe man nicht auf Effizienzerwägungen reduzieren. Weiterhin müsse das Prinzip der Partnerschaft, dass die Einbeziehung von Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie anderer regionaler und lokaler Akteure in allen Phasen der Strukturfondsförderung vorsieht, beibehalten und verstärkt werden. Vor dem Hintergrund knapper werdender Finanzmittel sei eine verstärkte Erschließung privater Finanzmittel grundsätzlich eine Chance für die Umsetzung der Kohäsionspolitik, jedoch müsse dies einen Anreiz und keine Anforderung darstellen.

#### **Architektur der Kohäsionspolitik nach 2013**

Der AdR hält es für die Sicherstellung von Wirtschaftswachstum, hoher Beschäftigung, sozialer Eingliederung und Effektivität der öffentlichen Dienstleistungen unabdingbar, dass durch die europäische Kohä-

sionspolitik der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft verbessert werden. Besonderer Schwerpunkt müsse auf die schwächeren Regionen der neuen Mitgliedstaaten und die übrigen Regionen mit Entwicklungsrückstand gelegt werden, um die größten Unterschiede ausgleichen zu können. Zur Bestimmung der Regionen mit Entwicklungsrückstand habe sich in der Vergangenheit der geltende Schwellenwert von 75 % des BIP je Einwohner bezogen auf den EU-Durchschnitt auf der Ebene der mittleren Regionen (NUTS-II) als Abgrenzungskriterium bewährt. Der AdR regt jedoch für die Evaluierung der Kohäsionspolitik an, unterhalb der Ebene von NUTS-II (z. B. kleinere Regionen, Gemeindeverbände) Indikatoren zu finden, die die regionalen Besonderheiten der Regionen besser widerspiegeln.

### **Übergangsregelungen für aus Ziel-1 ausscheidende und vom sog. statistischen Effekt betroffene Regionen**

Eine Unterstützung von Regionen, die aus der Höchstförderung ausscheiden, durch angemessene Förderinstrumente und Übergangslösungen sei notwendig, um deren vorhandenes Potential dauerhaft zu mobilisieren. Gleiches gelte für Regionen, die vom sog. statistischen Effekt betroffen sind. Der Ausschuss der Regionen fordert die Kommission gemeinsam mit dem Parlament auf, ein entsprechendes System für schrittweise Übergangshilfen für diese Regionen zu schaffen.

### **Fortsetzung des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“**

Der AdR spricht sich zudem für eine Fortsetzung des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ auch nach 2013 aus. Auch in diesen Regionen gebe es bedeutende Armutszonen, was der AdR auf die Zunahme der sozialen und territorialen Disparitäten innerhalb der Regionen zurückführt. So werde von diesen Regionen ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der Lissabon-Strategie geleistet.

### **Beibehaltung der städtischen Dimension und Förderung des ländlichen Raumes**

Überdies spricht sich der AdR für die Beibehaltung der städtischen Dimension in der EU-Kohäsionspolitik aus. Städte aber auch Metropolregionen seien wichtige Wachstums- und Innovationsmotoren. Gleichzeitig könne den Strukturdefiziten, Abwanderungstrends und der demografischen Überalterung vieler ländlicher Gebiete nur begegnet werden, indem der Förderung des ländlichen Raumes ein starkes Gewicht eingeräumt werde. Hierfür sei eine enge Abstimmung der Strukturfonds mit dem Landwirtschaftsfonds notwendig.

### **Territoriale Zusammenarbeit unverzichtbar**

Der AdR hält die territoriale Zusammenarbeit für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und des Zusammenhaltes der EU für unverzichtbar. Die bisherige Förderung der grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit habe sich bewährt und soll über 2013 hinweg weitergeführt und verstärkt werden.

### **Umsetzungssystem der Kohäsionspolitik**

Der Ausschuss der Regionen betont, dass sich das dezentrale System der Kohäsionspolitik mit operationellen Programmen auf der nationalen und regionalen Ebene im partnerschaftlichen Dialog mit der Kommission und der Umsetzung der Programme in Verantwortung der nationalen, regionalen und lokalen Behörden bewährt habe. Es solle daher unter Beachtung der Verwaltungsvereinfachung und des Bürokratieabbaus erhalten und zur Stärkung der regionalen und lokalen Eigenverantwortung ausgebaut werden. Insbesondere die strategische Steuerung mit Zielen gewährleistet, dass gemeinsame Ziele verfolgt werden und gleichzeitig eine regionale und lokale Schwerpunktsetzung möglich ist. Die regionale Zuständigkeit bei der Projektauswahl solle erhalten und nicht auf die europäische Ebene verlagert werden. Auf Grund des erfolgreichen dezentralen Systems solle seitens der Kommission überdacht werden, weitere bisher zentral durch die Kommission verwaltete Teile der Förderpolitik in das dezentrale System der EU-Strukturfonds und somit in die Verantwortung der regionalen Behörden zu überführen.

### **Weitere Informationen**

Unter [https://toad.cor.europa.eu/ViewDoc.aspx?doc=%5c%5ccsis%5cdfs%5cesp\\_public%5ccdr%5ccoter-v%5cdossiers%5ccoter-v-001%5cDE%5cCDR210-2009\\_REV3\\_PAC\\_DE.doc](https://toad.cor.europa.eu/ViewDoc.aspx?doc=%5c%5ccsis%5cdfs%5cesp_public%5ccdr%5ccoter-v%5cdossiers%5ccoter-v-001%5cDE%5cCDR210-2009_REV3_PAC_DE.doc) kann die Stellungnahme (Stand 2. März) in deutscher Sprache abgerufen werden; die Endfassung ist in Kürze unter <http://coropinions.cor.europa.eu/> erhältlich. (Pr/Ec)

## Konferenz zu EU-Makroregionen bringt Akteure aus allen Teilen Europas zusammen

Nachdem bereits 2009 die EU-Strategie für den Ostseeraum angenommen wurde und bis Ende 2010 der Entwurf für eine EU-Strategie für den Donaauraum vorliegen soll (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 4/2010), ist nunmehr auch eine Erweiterung der europäischen Makroregionen-Landschaft um eine Nordsee-Dimension in Planung. Vor diesem Hintergrund organisierte der Ausschuss der Regionen (AdR) am 13. April eine Konferenz, welche erstmals die Gelegenheit bot, die Debatten über verschiedene geografische Ansätze zu verbinden und über Grenzen und Möglichkeiten bestehender und künftiger makroregionaler Strategien zu diskutieren. Johannes Hahn (A), EU-Kommissar für Regionalpolitik, begrüßte dabei die Stärkung des europäischen Integrationsgedankens durch makroregionale Kooperationen und rief in diesem Zusammenhang zur Entwicklung von koordinierten Projekten zur Zielerreichung in verschiedenen Politikbereichen auf.

Zur Erinnerung: Makroregionen werden von der Europäischen Kommission als funktionale Bereiche definiert, die sich über das Hoheitsgebiet mehrerer EU-Staaten hinweg erstrecken, über gemeinsame Ziele oder Herausforderungen verfügen und bestimmte gemeinsame Merkmale und geografische Bedingungen aufweisen. Die Zusammenarbeit auf Grundlage von Strategien innerhalb dieser Makroregionen ist ein neues Instrument, das der Zielvorgabe des im Vertrag von Lissabon formulierten territorialen Zusammenhalts Rechnung tragen soll. Die Strategieansätze der EU für die Makroregionen stützen sich dabei auf das Zusammenwirken der verschiedenen Verwaltungsebenen, die bei deren Umsetzung von zentraler Bedeutung sind. In seiner Begrüßungsrede unterstrich Kommissar Hahn, dass es die Kommission als ihre Aufgabe verstehe, einen Strategie-Rahmen zur Verfügung zu stellen, während es vom Willen der Regionen abhängt, darauf aufzubauen und diesen mit Leben zu füllen. Konferenzziel sei es daher, zu analysieren, inwieweit und auf welche Weise innovative Kooperationsformen einen Mehrwert für den europäischen Zusammenhalt bewirken könnten.

### Erste Erfahrungsberichte aus dem Pilotprojekt „Ostseestrategie“

Eine pionierhafte Umsetzung des makroregionalen Ansatzes in Form von 80 transnationalen Projekten fand bisher im Rahmen der Ostseestrategie statt. Der geografische Geltungsbereich der Strategie umfasst die EU-Mitgliedstaaten Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden sowie die EU-Anrainer Norwegen und Russland. Die im Oktober 2009 vom Europäischen Rat angenommene Strategie stützt sich auf vier spezifische Prioritäten (Sicherstellung einer nachhaltigen Umwelt, Steigerung des Wohlstands in der Region, Verbesserung der Zugänglichkeit der Region sowie die Gewährleistung von Sicherheit in der Region). Bei der Veranstaltung im AdR wurde eine erste Bilanz aus den bisherigen Entwicklungen der Umsetzungsmaßnahmen gezogen. Gegenstand kritischer Anmerkung war dabei insbesondere die eher passive Rolle der regionalen und lokalen Behörden bei der Umsetzung der Projekte und Maßnahmen, wofür vorrangig die Mitgliedstaaten in die Verantwortung zu nehmen seien. Zunehmend, so ein Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern, fiel bzgl. des Ostseeraums auch die fehlende finanzielle Sonderzuweisung zur Strategie ins Gewicht. Dabei sei gerade dies zu Beginn von der Kommission als Grundprinzip festgelegt worden, mit der Rechtfertigung, Gelder aus vorhandenen Quellen besser nutzen zu müssen.

### Herausforderungen einer Donaauraum-Strategie – Kommunalpartnerschaften als wichtiger Erfolgsfaktor

Hinsichtlich des makroregionalen Donaauraums ist gegenwärtig geplant, dass die EU-Kommission eine entsprechende EU-Strategie samt dazugehörigem Aktionsplan im Dezember 2010 vorstellen wird (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 4/2010). Die Donau verbindet dabei zehn Anrainerstaaten miteinander, von denen sechs Länder Mitglied in der EU sind. Der Diskussionsfokus während der Konferenz richtete sich hierbei zunächst vor allem auf die lokale Ebene. So stellten verschiedene Vertreter aus diesem makroregionalen Raum aktuelle Entwicklungen und Bedürfnisse in den Kommunen vor. Die Debatte leitete der baden-württembergische Landtagspräsident und Vorsitzende der interregionalen Gruppe „Donaauraum“ im AdR, Peter Straub (EVP). Verbindungen kultureller, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Art würden zwar zwischen den Staaten des Donaauraums bereits bestehen, doch müsse man in einigen Bereichen noch nachlegen, so Straub. Entscheidend für ihn sei, die Initiative mit Leben zu füllen und die „Herzen der Bürger zu erreichen“. Geschehen könne dies insbesondere durch Kommunalpartnerschaften. Besonders erfreulich für Straub sei, dass Baden-Württemberg als Quellland der Donau einen wichtigen Beitrag in der Initiative leiste.

## **Rolle von grenzüberschreitenden Kooperationen und Infrastrukturprojekten für mehr Bürgernähe wichtig**

Ion Prioteasa, Präsident des Kreistags in Dolj in Rumänien und Jaroslav Drodz, Vize-Präsident der Zlin-Region in der Tschechischen Republik, betonten die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Nur so könne man vorhandene Kapazitäten noch effizienter nutzen. Gyula Hegyi, Berater des EU-Kommissars für Soziales, Beschäftigung und Integration, drückte seine Freude darüber aus, dass die Zug-Verbindung auf der Magistrale von Paris über Bratislava hinaus bis nach Bukarest ausgebaut werden soll. Solche Projekte seien auch für die Bürger greifbar. Hegyi betonte, dass Bayern und Baden-Württemberg bei der Weiterentwicklung der Donau-Strategie eine Führungsrolle übernehmen könnten. Damit sei die Strategie auch eine Chance für Süddeutschland.

## **Kommission äußert sich zu Finanzierungsfragen – Türöffnerfunktion kommunaler Kulturarbeit betont**

Bezüglich der Finanzierung der Donau-Strategie drückte Hegyi seine Hoffnung aus, dass sich eventuell doch noch eine Chance für zusätzliche finanzielle Mittel böte. Es liege an den Mitgliedsstaaten, sich bei der Neuverteilung des Budgets im Jahr 2014 für die Strategie einzusetzen. Für die österreichischen Länder berichtete Kurt Puchinger, Planungsdirektor der Stadt Wien. Die Donau-Region bilde laut Puchinger die Chance für eine nachhaltige Entwicklung, wenn die Netze zwischen den Kommunen funktionierten. In der anschließenden Debatte griff Peter Langer, Direktor des Ulmer Donaubüros, die Frage auf, inwieweit es gelingen könne, ein europäisches Bewusstsein innerhalb dieser Region zu schaffen. Wichtig sei dabei, dass die jungen Menschen zusammengeführt würden und der Europa-Gedanke in den Köpfen der jungen Menschen ankomme. „Wir haben die Chance, diese jungen Menschen zu bewussten Europäern zu machen“, erklärte Langer. Als positives Beispiel nannte er internationale Jugendcamps. Organisatoren von Kulturveranstaltungen und Festivals komme dabei eine besondere Bedeutung zu.

## **Debatte über den Mehrwert einer EU-Strategie für den Donaauraum**

Ein weiterer Schwerpunkt stellte die Debatte über den Mehrwert der Donau-Strategie dar. Elisabeth Vitouch, Präsidentin der Gemeinderätlichen Europakommission der Stadt Wien und AdR-Mitglied, verdeutlichte, dass es zu einem positiven Wettstreit mit anderen Makroregionen kommen müsse. Die Donau-Initiative sei ein „Pilotprojekt“ mit dem man viel Vorarbeit für die zukünftige Kohäsionspolitik leisten könne. Für sie stehe dabei im Vordergrund, dass dadurch auch bereits laufende Projekte neuen Schwung erhalten. Für Johann Sollgruber von der Generaldirektion für Regionalpolitik der Europäischen Kommission zeigt sich der Mehrwert der Donau-Strategie vor allem in neuen Governance-Strukturen. Ziel sei es, neue Methoden zu testen und die bestehenden Abläufe zu verbessern. Penka Nedelkova Penkova, Bürgermeisterin von Lom in Bulgarien und Mitglied des AdR, stellte abschließend fest, dass die Donau-Strategie erst am Anfang stehe: „Wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Alle sollten zusammen arbeiten, um die Ziele zu verwirklichen“.

## **Auch eine Makroregion im Nordseeraum in Planung – Thematik erhält gesamteuropäische Dimension**

Während sich die Ostseestrategie mitten in der Umsetzung befindet und eine Strategie für den Donaauraum erste Züge annimmt, kristallisiert sich derweil eine weitere Makroregion in Europa heraus: Rund um die Nordsee und den Ärmelkanal werden Regionen der EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Belgien, Frankreich, Niederlande, Schweden, Dänemark und Vereinigtes Königreich sowie Regionen Norwegens schon bald im Rahmen einer Nordseestrategie gemeinsame Maßnahmen in den Schwerpunkten „ökologischer Schutz des Nordseeraums und des Kanals“, „Anpassung an den Klimawandel“, „Nutzung der wirtschaftlichen Potentiale“, „Entwicklung von Ressourcen und maritimer Forschung“ sowie „Transport und Energie“ angehen. Auch bei dieser Strategie stehen die Bekämpfung ähnlich gelagerter Probleme und die Verfolgung gemeinsamer Ziele durch transnationale, auf lokaler und regionaler Ebene initiierte Projekte im Vordergrund. Die Strategie werde nur dann erfolgreich sein, wenn sich die Regionen mit den Projekten identifizieren könnten und Eigeninitiative ergriffen, erklärte Dr. Herrmann Kuhn, Mitglied des AdR für Bremen und Vorsitzender dessen interregionaler Nordseegruppe.

Im Internet unter <http://www.cor.europa.eu/pages/EventTemplate.aspx?view=folder&id=177a95fc-ce27-4d76-82ce-457420963ce4&sm=177a95fc-ce27-4d76-82ce-457420963ce4> finden sich auf Englisch weiterführende Informationen zu allen drei Makroregionen sowie zur gesamten Konferenz. (Pr/Do)

## **Veranstaltungen in der Plenarwoche spiegeln kommunale Themenbandbreite wieder**

**Im Rahmen der Plenarsitzung fanden in der vergangenen Woche zahlreiche Veranstaltungen im Ausschuss der Regionen (AdR) statt. So diskutierten u. a. auf einer Stakeholder-Konferenz Vertreter kommunaler und regionaler Verbände über die Dynamisierung städtischer Krisengebiete. Außerdem wurden die Möglichkeiten und Probleme bei der Förderung administrativer Reformen auf kommunaler Ebene in den Ländern der „Eastern Partnership“ in einem Workshop behandelt. Darüber hinaus sprach UEFA-Präsident Michel Platini über die Rolle des Fußballs bei der sozialen Integration auf lokaler Ebene.**

### **Konsultation zur neuen EU-Sport-Kompetenz gestartet – Platini betont lokale Dimension des Fußballs**

„Der Fußball sozialisiert junge Menschen und gibt ihnen eine Grundidentität“. Mit dieser Aussage hob UEFA-Präsident Michel Platini bei der 84. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 14. April die Bedeutung der Bildungskomponente und der integrierenden Wirkung der Sportart hervor. Dadurch könne der Sport auch Unterstützungsfunktion für Schulen und Sozialdienste einnehmen. Der UEFA-Präsident betonte dabei die Notwendigkeit, eng mit der kommunalen Ebene zusammenzuarbeiten. Auch die EU-Kommission setzte sich bereits im Jahr 2007 erstmals mit einem „Weißbuch Sport“ umfassend mit der Thematik auseinander. Neue Dynamik erfährt dies gegenwärtig durch das durch den Vertrag von Lissabon erstmalig primärrechtlich verankerte EU-Ziel, den Sport zu fördern und seine europäische Dimension zu entwickeln. Die Kommission erarbeitet daher derzeit konkrete Pläne, wie dieser Kompetenzerweiterung zukünftig Rechnung getragen werden kann. Hierzu hat sie eine öffentliche Online-Konsultation gestartet, an der sich Regierungsvertreter, Organisationen und sportinteressierte Bürger noch bis 1. Juni 2010 beteiligen können. Der Online-Fragebogen, der in rund 20 Minuten ausgefüllt ist, findet sich unter <http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=EUandSPORT&lang=de>. Das Weißbuch selbst ist unter [http://ec.europa.eu/sport/white-paper/doc/wp\\_on\\_sport\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/sport/white-paper/doc/wp_on_sport_de.pdf) abrufbar.

### **Konferenz zur Dynamisierung städtischer Krisengebiete**

In Kooperation mit der spanischen Ratspräsidentschaft veranstaltete der AdR am 15. April zudem eine Stakeholder-Konferenz zur Bedeutung der Dynamisierung urbaner Krisengebiete für die europäische Stadtentwicklung. Anlass war ein Bericht von Spyridon Spyridon (EVP, GR), Mitglied der COTER-Fachkommission im AdR, zur Thematik. Dynamisierung von Städten bedeute, die negativen Folgen des Wachstums von Wirtschaft und Bevölkerung auszugleichen, so Spyridon. Die Dynamisierung könne sowohl aus ökonomischer, sozialer als auch umweltpolitischer Perspektive betrachtet werden. So sei eine signifikante Anzahl an Gebäuden nicht zur Bewohnung geeignet und die meisten Gebäude entsprächen nicht den Energieeffizienz-Standards. Dynamisierungsprojekte verbesserten die Lebensqualität und förderten die soziale Integration. Joris Scheers, Regierungsarchitekt der Flämischen Regierung betonte, dass es ein kontrolliertes Wachstum anstatt einer ausufernden Entwicklung geben müsse. Die Ergebnisse der Konferenz sollen in das nächste informellen Treffen der EU-Minister für Bau und Stadtentwicklung am 21. und 22. Juni 2010 in Toledo mit einfließen. Der Spyridon-Bericht kann auf Englisch unter [https://toad.cor.europa.eu/ViewDoc.aspx?doc=\\isis\dfs\esp\\_public\cdr\coter-v\dossiers\coter-v-005\EN\CDR98-2010\\_PA\\_EN.doc](https://toad.cor.europa.eu/ViewDoc.aspx?doc=\\isis\dfs\esp_public\cdr\coter-v\dossiers\coter-v-005\EN\CDR98-2010_PA_EN.doc) eingesehen werden.

### **Förderung administrativer Reformen auf kommunaler Ebene in Ländern der „Eastern Partnership“**

Um „best practice“-Modelle bei der Förderung administrativer Reformen auf regionaler Ebene in Ländern der „Eastern Partnership“ auszutauschen, fand zudem am 19. April ein Workshop im AdR statt. Vertreter der Generaldirektion RELEX der EU-Kommission berichteten, dass geplant sei, „Institution-Building“-Programme zu entwickeln, um die administrativen Kapazitäten in den Ländern der „Eastern Partnership“ zu verbessern. Von 2011 bis 2013 stelle die EU insgesamt 173 Millionen € zur Verfügung. Problematisch sei jedoch, dass einige Partnerländer nicht die besten Beziehungen untereinander führten. Peter Sondergaard vom Verband der Agenturen für lokale Demokratie (ALDA) und Monika Kapturska, Leiterin des Brüsseler Büros der Region Großpolen berichteten von verschiedenen Projekten im Rahmen der „Eastern Partnership“-Initiative in Aserbaidschan, Weißrussland und Georgien. Die gemeinsame Ratserklärung vom Mai 2009 zur Gründung der „Eastern Partnership“ ist in englischer Sprache unter [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/er/107589.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/107589.pdf) abrufbar. (Pr/Do)



## IV. Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

### **Europäische Umweltpolitik : Die künftige Rolle der Kommunen und Regionen**

**Am 16. April fand im Ausschuss der Regionen (AdR) das Seminar „The role of local and regional authorities in future EU environmental policy“ („Die Rolle von Kommunen und Regionen in der künftigen EU-Umweltpolitik“) statt. Hintergrund war der Gedankenaustausch zur Erstellung von kommunalfreundlichen Inhalten des siebten Umwelt-Aktionsprogrammes (EAP7), das ab 2013 das vorherige Programm ablösen wird. Dieses soll Gebietskörperschaften stärker in Themen der Europäischen Umweltpolitik einbeziehen. Veranstaltet wurde das Seminar vom AdR, gemeinsam mit einer für Umwelt und Energie in Brüssel verantwortlichen Organisation namens „Brussels Environment“.**

#### **Verbesserung der Stellung des Ausschusses der Regionen in der Europäischen Umweltpolitik**

Im ersten Teil der Konferenz betonte Paula Baker (ALDE, GB) als Vertreterin des AdR dessen bedeutende Rolle in der Ausarbeitungs-, Entscheidungs- und Implementationsphase europäischer Gesetzgebung. Als Repräsentant der Regionen und Kommunen liege es gerade an ihm, sich für ein Mitspracherecht der Kommunalverantwortlichen einzusetzen. Der Vertrag von Lissabon habe bereits die Möglichkeiten hierzu erweitert, indem er dem AdR ein Klagerecht gegenüber dem Europäischen Gerichtshof bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip einräumt. Zudem muss er bei Entscheidungen im Bereich Klimawandel und Energiepolitik zwingend konsultiert werden, so Baker.

Manoëlle Wasseige von der Organisation „Die Hauptstadtregion Brüssel“ ([http://portail.irisnet.be/de/region/region\\_de\\_bruxelles-capitale.shtml](http://portail.irisnet.be/de/region/region_de_bruxelles-capitale.shtml)) ergänzte hierzu, dass es wichtig sei, Netzwerke zu bilden und Lobbying zu betreiben, um die europäischen Institutionen wirksam beeinflussen zu können. Ausschlaggebend hierbei sei eine durchdachte Vorgehensweise, in der klare Ziele definiert werden müssen.

#### **Verbesserung der Stellung von Kommunen und Regionen in der Europäischen Umweltpolitik**

Schwerpunkt des zweiten Seminarabschnitts war die Frage, auf welche Weise die Rolle von Gebietskörperschaften gestärkt werden kann. Barbara Dewulf, Vertreterin von „Brussels Environment“ (<http://www.brusselsenvironment.be/>), sieht die Kommunalverantwortlichen als entscheidende Akteure bei der Anwendung von Umweltrecht. Ihr Vorschlag ist ein regionaler Aktionsplan, mithilfe dessen jede relevante europäische Reform auf Kommunalebene begleitet werden könnte. Gleichzeitig wäre auf EU-Ebene die Errichtung von Initiativen zu begrüßen, um regionale Entwicklungen durch intensive Zusammenarbeit mit kommunalen Netzwerken voranzubringen, so Dewulf.

Eine weitere Idee ist die Bildung von „dossier teams“. Dabei handelt es sich um permanent bestehende Expertengruppen, die bereits vor der Gesetzgebungsphase Ideen sammeln und Informationen verarbeiten. Sie können frühzeitig Inputs geben und während des Gesetzgebungsprozesses Einschränkungen vornehmen, erklärte Martin Unfried vom „Europäischen Institut für öffentliche Verwaltung“ (EIPA) (<http://www.eipa.nl/>).

Bei dieser Diskussion sprach sich Miranda Schreurs, Vize-Präsidentin der europaweiten Initiative von Umwelt- und Nachhaltigkeitsräten (EEAC) (<http://www.eeac-net.org/>), für zweierlei Ansätze aus. Zum einen sei die vertikale Integration wichtig, die dazu dient, kommunale Bedürfnisse bei der Gestaltung nationaler und europäischer Nachhaltigkeitspolitik zu berücksichtigen. Zum anderen solle durch horizontale Integration eine regionalübergreifende Zusammenarbeit vereinfacht werden. Gerade bei den aktuell bedeutsamen Themen, wie die EU 2020-Strategie, müsse geprüft werden, inwieweit die Gebietskörperschaften involviert werden müssen.

#### **Verbesserung der kommunalen Dimension der Europäischen Umweltpolitik**

Im letzten Teil der Konferenz fokussierten sich die Experten darauf, welche Politikinstrumente zum Einsatz kommen sollen, um die kommunale Ebene mehr einzubinden. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Erweiterung der EU-Ziele um die territoriale Dimension den erhöhten kommunalen Einfluss auf die Europäische Politik verdeutlicht. Dies müsse genutzt werden, um bei der zukünftigen Politikgestaltung einen „bottom-up“-Ansatz zu verfolgen, der lokale und regionale Interessen durch frühe Konsultation ihrer Vertreter „von unten nach oben“ trägt. Zusammenfassend schloss Baker das Seminar mit der Erkenntnis, dass für die effiziente Ausgestaltung Europäischer Umweltpolitik ein gegenseitiger Dialog zwischen EU-Organen und Kommunalverantwortlichen unverzichtbar sei. (Pr/NH)

## V. EU-Depeschen

**Rat stimmt Gebäuderichtlinie zu:** Am 14. April nahm der Rat der Europäischen Union in erster Lesung zwei Maßnahmen aus dem sogenannten Klima- und Energiepaket vom Januar 2008 an (vgl. *Brüssel Aktuell* 2/2008). Auf die Texte für eine Novellierung der Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden sowie für eine Richtlinie zur Kennzeichnung energiebezogener Produkte hatte sich der Rat bereits im November 2009 im Rahmen eines Trilog-Verfahrens geeinigt (vgl. *Brüssel Aktuell* 40/2009). Das EU-Parlament wird den Vorschlägen voraussichtlich am 28. April im Ausschuss und am 19. Mai im Plenum in zweiter Lesung zustimmen. Damit erweitert sich der Anwendungsbereich beider Richtlinie. Im Falle der Gebäude-Richtlinie wird die Vorbildrolle öffentlicher Stellen – insbesondere bei den Regelungen zu den Energieausweisen – ausgeweitet und neue Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden geschaffen. Ferner soll die Anzahl an sog. Nahe-Nullenergiegebäuden gesteigert werden. Die Kennzeichnungs-Richtlinie wird auf Produkte außerhalb von Haushaltsgeräten ausgeweitet. So sollen auch Produkte erfasst werden, die zwar nicht unmittelbar Energie verbrauchen, aber einen direkten oder indirekten Einfluss zur Energieeinsparung haben, wie z. B. Fenster oder Türrahmen. Der Text der Gebäuderichtlinie ist unter <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st08/st08669.en10.pdf>, der der Kennzeichnungs-Richtlinie unter <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st08/st08667.en10.pdf> in englischer Sprache im Internet abrufbar. (NH)

**Treffen zwischen Barroso und Stoiber – Lob für Bemühungen um EU-Bürokratieabbau:** Bei einem Treffen diskutierten Kommissions-Präsident José Manuel Barroso und der Vorsitzende der Hochrangigen Gruppe zum EU-Bürokratieabbau Dr. Edmund Stoiber über die zukünftigen Ziele der Arbeitsgruppe. Beide Politiker waren sich darüber einig, dass die Gruppe ihre Arbeit bis zum Jahr 2012 fortsetzen soll. Ziel sei es, bis dahin eine Verminderung von 25 % der Bürokratielasten zu erreichen (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 33/2009). Im November 2011 soll die Gruppe außerdem einen Bericht zu „best practice“-Beispielen veröffentlichen, mit denen eine EU-Gesetzgebung mit möglichst geringen Bürokratielasten möglich ist. Kommissionspräsident Barroso dankte Stoiber für seine „exzellente Arbeit“. So sei es in der vorherigen Amtsperiode der Kommission gelungen, die Zahl der EU-Gesetze um 14 % zu verringern. Dabei habe die Kommission auch von der Unterstützung der Hochrangigen Gruppe profitiert. (Pr/Do)

**Neuer Bericht über Wirkungen der Kohäsionspolitik (Programmzeitraum 2000-2006) vorgelegt:** Am 18. April veröffentlichte die Kommission den zusammenfassenden Bericht „Ex-Post Evaluierung der Programme der Kohäsionspolitik 2000-2006, kofinanziert vom EFRE (Ziel 1 & 2)“. Der 176-seitige Bericht fasst die wichtigsten Ergebnisse der Bewertung zusammen und stellt dar, dass die über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) investierten 123 Mrd. € Früchte getragen haben. So seien 24 % des Autobahnbaus in der EU aus dem EFRE kofinanziert und hätte mithin zu einer Erweiterung der Straßennetze geführt. In der Sparte Unternehmensförderung des EFRE seien 83 % (22,9 Mrd. €) der bereitgestellten Mittel an Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) gegangen. In Deutschland seien dadurch im Programmzeitraum 40.000 Kleinstunternehmen entstanden, davon allein 8.460 KMU in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Darüber hinaus seien im Programmzeitraum rund 1,4 Mio. Arbeitsplätze geschaffen sowie Mittel in Höhe von 25,5 Mrd. € für umweltbezogene Maßnahmen ausgegeben worden. Von Wasserversorgungsprojekten hätten 14 Mio. Menschen in der EU profitiert. Ein Kapitel des Berichts ist dem demographischen Wandel gewidmet. Zwar gebe es kaum Anhaltspunkte, dass dieser Trend Eingang in die Mittelvergabe aus dem EFRE gefunden habe. Im Rahmen der Evaluierung habe sich jedoch gezeigt, dass im Zeitraum 2000-2006 das Bewusstsein für die Problematik gestiegen sei. Zudem habe man erkannt, dass der EFRE mit Maßnahmen zur Gegensteuerung beitragen könne. Der zusammenfassende Bericht kann auf Englisch unter [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docgener/evaluation/pdf/synthesis\\_eval2000\\_2006.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/pdf/synthesis_eval2000_2006.pdf) abgerufen werden. Ein Video in deutscher Sprache mit „best practice“-Beispielen kann unter [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docgener/evaluation/videos/evaluation\\_de.wmv](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/videos/evaluation_de.wmv) angesehen werden. (Ec)

**Elf baden-württembergische Kommunen treten in Heidelberg dem Bürgermeister-Konvent bei:** Um einen effizienteren Klimaschutz zu gewährleisten sind am 15. April Heidelberg und zehn weitere Kommunen aus der Rhein-Neckar-Region dem sog. Bürgermeister-Konvent beigetreten. Dadurch sei man nun die am stärksten vertretene Region Deutschlands innerhalb des Konvents, betonte Stefan Dallinger, Verbandsdirektor der „Region Rhein Neckar“ and designierter Landrat des Rhein-Neckar-Kreises. Informationen zum Konvent gibt es unter: [http://www.eumayors.eu/home\\_de.htm](http://www.eumayors.eu/home_de.htm). Die nächste „Covenant of Mayors’ Ceremony“ findet am 4. Mai 2010 in Brüssel statt. (Pr/Do)

**Verleihung der „GreenLight-Awards“ – Villingen-Schwenningen unter den Preisträgern:** Bei der diesjährigen Verleihung der „GreenLight“- und „GreenBuilding“-Awards am 13. April in Frankfurt sind EU-weit insgesamt 24 Teilnehmer öffentlicher und privater Organisationen für die freiwillige Senkung des Energieverbrauchs ausgezeichnet worden. Unter den Preisträgern war auch der Kommunale Dienst der baden-württembergischen Stadt Villingen-Schwenningen (vgl. *Brüssel Aktuell* 28/2009). Durch ein innovatives und effizientes öffentliches Beleuchtungssystem ist es der Stadt gelungen, 58 % der Energie bei der Beleuchtung einzusparen. Seitdem das Programm „GreenLight“ im Jahr 2000 von der EU-Kommission aufgelegt wurde, haben sich mehr als 500 Partner aus ganz Europa beteiligt. Weitere Informationen zu den „GreenLight“- und „GreenBuilding“-Projekten gibt es in englischer Sprache unter <http://re.jrc.ec.europa.eu/energyefficiency/>. (Pr/Do)

**Nürnberg unter den Finalisten für die Auszeichnung „Grüne Hauptstadt Europas“:** Im Wettkampf um den Titel „European Green Capital“ für 2012 und 2013 hat es Nürnberg unter die besten sechs von insgesamt 17 Städten geschafft. Zusammen mit Barcelona, Malmö, Nantes, Reykjavík und Vitoria-Gasteiz hofft Nürnberg auf die Auszeichnung, welche im Oktober dieses Jahres in Stockholm verliehen wird (vgl. *Brüssel Aktuell* 36/2009). Gekürt wird eine Stadt, die hohen Umweltstandards gerecht wird, ständig ehrgeizige Ziele für eine verbesserte und nachhaltige Umwelt verfolgt und als ein Vorbild anderen Städten Inspirationen und „best practices“ liefert. Dabei werden Indikatoren wie z. B. Umweltmanagement, Luftqualität, Lärmbelästigung und lokaler Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels untersucht. Die Prüfung der Kriterienerfüllung übernimmt eine Jury, bestehend aus Vertretern der Europäischen Kommission, der Europäischen Umweltagentur, ICLEI (Dachverband lokaler Gebietskörperschaften für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung), des Ausschusses der Regionen, des Konvents der Bürgermeister und des Europäischen Umweltbüros (europäischer Dachverband von Umweltorganisationen). Unter [http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/index_en.htm) sind weitere Informationen in englischer Sprache erhältlich. (Pr/AG)

**JUMP Europatour durch Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen:** In der Zeit von April bis Juni 2010 begeben sich das Jugendradio MDR JUMP und die Europäische Kommission auf Europatour durch Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Ziel der Aktion, die unter Schirmherrschaft des jeweiligen Kultusministers steht, ist es, Schülern Europa nahe zu bringen. Hierzu dienen ein speziell gestalteter Info-Bus, Soccer-Europameisterschaften, europäische Sounds, ein Wissenstest und Workshops. Darüber hinaus stehen Minister, Abgeordnete und junge Europäer zu Gesprächen zur Verfügung. Insgesamt 51 Schulen werden angesteuert. Alle Orte der Tour sind unter [http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/jump-pdf\\_080410.pdf](http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/jump-pdf_080410.pdf) abrufbar. Weitere Auskünfte erteilt Frau Nikola John, Presseabteilung der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland unter [nikola.john@ec.europa.eu](mailto:nikola.john@ec.europa.eu). (Ec)